



Schloss Hohenheim
Osthof-Ost
D-70599 Stuttgart

7. Oktober 2008

Hohenheimer Aufruf zur Finanzkrise: „Keine Wirtschaftskrise herbeireden!“

Mit großer Sorge verfolgen wir die Entwicklung der Finanzkrise in Deutschland. Aus der amerikanischen Immobilienkrise hat sich auch in Deutschland eine Bankenkrise entwickelt, die nun zu einer dramatischen Wirtschaftskrise auszuwachsen droht. Dies muss aber nicht so sein! So schlimm die Immobilienkrise und die Banken- bzw. Finanzkrise auch sind, eine für uns alle dramatische Wirtschaftskrise entsteht hierdurch erst dann, wenn Banken, Unternehmen, Politik, Medien und Bürger daran glauben oder sogar bewusst oder unbewusst dazu beitragen, eine Wirtschaftskrise herbeizureden.

Eine gravierende Wirtschaftskrise lässt sich aber noch abwenden, wenn alle Teile der Gesellschaft in dieser kritischen Situation ihrer, auch ganz individuellen Verantwortung gerecht werden. Wir, die unterzeichnenden Hohenheimer Professorinnen und Professoren der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften fordern daher Banken, Politik, Wissenschaft, Unternehmen, Medien und Bürger zur Übernahme von Verantwortung in der aktuellen Finanzkrise auf, damit kein Self-fulfilling-Prophecy-Mechanismus in Gang kommt und eine umfassende Wirtschaftskrise entsteht.

Im Einzelnen bedeutet dies aus unserer Sicht für die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen:

Verantwortung der Banken

1. Die Banken müssen das wirkliche Ausmaß der bestehenden Finanzkrise aufdecken. Vertrauen in verantwortungsvolles Handeln der Banken kann nur dann wieder wachsen, wenn nicht immer wieder neue, bislang unbekannte Risiken und Ausfälle bekannt werden und diese nur „scheibchenweise“ zugegeben werden.
2. Die Solidarität zwischen den Banken in Deutschland darf in der bestehenden Situation keine Grenzen kennen. Alle Banken sitzen im gleichen Boot. Wenn das Vertrauen weiter schwindet, dann geraten alle Institute in Schieflage. Daher müssen einzelne Banken, die in Schwierigkeiten geraten, wie bisher von allen anderen Banken aufgefangen werden. Der Staat darf zukünftig nur noch im Ausnahmefall als „Retter“ angerufen werden, da dies zeigt, dass die brancheninterne Solidarität Grenzen hat.

3. Die Banken müssen ihren internationalen Einfluss nutzen, um weltweit eine stärkere und einheitliche Bankenregulierung auf den Weg zu bringen. Vor allem muss das Finanzwesen auch in angelsächsischen Ländern reguliert werden. Ihr Interesse an einer internationalen einheitlichen Bankenaufsicht müssen die Banken den Menschen umgehend kommunizieren.

Verantwortung der Politik

4. Die Politik muss sich als allererstes darum kümmern, dass solche Finanzkrisen in einer globalen Finanzwelt nicht mehr in der augenblicklichen Form auftreten können. Wir fordern die Politik auf, Vorstellungen zu entwickeln, wie eine internationale Finanzregulierung aussehen kann und wie die angelsächsischen Staaten integriert werden können.
5. Die Politik darf bei der Finanzkrise keine Partikularinteressen verfolgen. Wer versucht, mit dem Thema „Finanzkrise“ versteckten Wahlkampf zu machen oder auf internationalem Parkett nur Landesinteressen zu verfolgen, schadet der Gesellschaft und letztlich auch seinen eigenen Zielen.
6. Zusätzlich muss die Politik offen sagen, welche Belastungen für die öffentlichen Haushalte durch die Krise entstehen. Denn nur eine solche Offenheit erzeugt Vertrauen in das Handeln der Politik innerhalb der augenblicklichen Krisensituation.
7. Auch muss die Politik den Banken bei der Bereinigung der Bankbilanzen helfen. Wenn die Banken alle Wertberichtigungen sofort und vollständig geltend machen müssen, wird dies hohe Verlustausweise zur Folge haben. Dies wird die Banken schwächen und das ihnen entgegengebrachte Vertrauen wieder zerstören.

Verantwortung der Wissenschaft

8. Bei der Entwicklung einer international funktionierenden Banken- und Finanzaufsicht benötigt die Politik Hilfestellung. Diese kann und darf nicht allein von den Banken und den Finanzinstitutionen selbst eingefordert werden. Stattdessen ist hier die Wissenschaft mit ihrer Unabhängigkeit gefordert. Diese muss schnellstmöglich Vorschläge für den Aufbau einer international funktionierenden Banken- und Finanzaufsicht machen, die politisch auch durchsetzbar sind.

Verantwortung der Unternehmen

9. Die Unternehmen dürfen die Finanzkrise nicht für „Trittbrettfahreneffekte“ ausnutzen. Es ist verantwortungslos, wirtschaftliche Schwierigkeiten, die aus anderen Gründen entstanden sind, als Folge der Finanzkrise darzustellen. „Bänder“ stehen nicht plötzlich wegen der Finanzkrise still, sondern weil man schlechte Produkte, zu hohe Preise oder einen schlechten Service hat!

Verantwortung der Medien

10. Die Medien dürfen den drohenden „Self-fulfilling- Prophecy-Mechanismus“ nicht noch anheizen! Daher fordern wir, dass die Berichterstattung über die Finanzkrise
- nicht übertrieben umfangreich,
 - ausgewogen und objektiv in der inhaltlichen Aufbereitung und
 - auf keinen Fall sensationsgierig
- erfolgt. Ansonsten wird Panik geschürt, die am Ende dazu beitragen kann, eine Wirtschaftskrise herbeizureden.

Verantwortung der Bürger

11. Auch jeder Einzelne ist in der augenblicklichen Situation gefragt. Es gibt keinen Grund zur Panik! Weiterhin können wir Bürger unserem Banken- und Finanzsystem vertrauen. Bürger, die ihre Sparkonten räumen und privat große Bargeldbestände aufbauen, müssen sich bewusst sein, dass dies für unser Wirtschaftssystem gefährlich ist. Wenn wir dies alle tun, dann fördert dies die negative Entwicklung und führt zu einer dramatischen Rezession, in der wir alle wirtschaftlich verlieren werden.
12. Schließlich müssen wir Bürger Geduld haben. Die Finanzkrise ist nicht von heute auf morgen gekommen und wird auch nicht von heute auf morgen gehen. Trotzdem dürfen wir darauf vertrauen, dass die von Politik, Banken, Verbänden und Unternehmen ergriffenen Maßnahmen helfen und unser Wirtschaftssystem zudem über ausreichende Selbstheilungskräfte verfügt.

Prof. Dr. Hans-Peter Burghof
 Institut für Betriebswirtschaftslehre
 Inhaber des Lehrstuhls für Bankwirtschaft

Prof. Dr. Markus Voeth
 Institut für Betriebswirtschaftslehre
 Inhaber des Lehrstuhls für Marketing

Prof. Dr. Walter Habenicht
 Institut für Betriebswirtschaftslehre
 Inhaber des Lehrstuhls für Industriebetriebslehre

Prof. Dr. Holger Kahle
 Institut für Betriebswirtschaftslehre
 Inhaber des Lehrstuhls für Steuerlehre

Prof. Dr. Stefan Kirn
 Institut für Betriebswirtschaftslehre
 Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftsinformatik II

Prof. Dr. Mareike Schoop
 Institut für Betriebswirtschaftslehre
 Inhaberin des Lehrstuhls für Wirtschaftsinformatik I

Prof. Dr. Harald Hagemann
 Institut für Volkswirtschaftslehre
 Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie

Prof. Dr. Christian Ernst
 Institut für Haushalts- und Konsumökonomik
 Inhaber des Lehrstuhls für Ökonomik sozialer Dienstleistungen

Prof. Dr. Jochen Streb
 Institut für Kulturwissenschaften
 Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Prof. Dr. Rolf Caesar
 Institut für Volkswirtschaftslehre
 Inhaber des Lehrstuhls für Finanzwissenschaft

Prof. Dr. Ulrich Mell
 Institut für Kulturwissenschaften
 Inhaber des Lehrstuhls für Evangelische Theologie

Prof. Dr. Christina Escher-Weingart
 Institut für Rechtswissenschaft
 Inhaberin des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht

Prof. Dr. Ulrich Schwalbe
 Institut für Volkswirtschaftslehre
 Inhaber des Lehrstuhls für Mikroökonomik, insbesondere Industrieökonomik

Prof. Dr. Gerhard Wagenhals
 Institut für Volkswirtschaftslehre
 Inhaber des Lehrstuhls für Statistik und Ökonometrie

Prof. Dr. Alfons Backes-Haase
 Professur für Berufs- und Wirtschaftspädagogik

Prof. Dr. Michael Schramm
 Institut für Kulturwissenschaften
 Inhaber des Lehrstuhls für katholische Theologie und ihre Didaktik sowie Wirtschaftsethik

Prof. Dr. Dirk Hachmeister
 Institut für Betriebswirtschaftslehre
 Lehrstuhl für Rechnungswesen und Finanzierung

Prof. Dr. Dr. Michael Schenk
 Institut für Sozialwissenschaften
 Lehrstuhl für Kommunikationswissenschaften und Sozialforschung

Prof. Dr. Werner F. Schulz
 Institut für Betriebswirtschaftslehre
 Inhaber des Lehrstuhls für Umweltmanagement

Prof. Dr. Armin Dittmann
 Institut für Rechtswissenschaft
 Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht

Prof. Dr. Thomas Beißinger
Institut für Volkswirtschaftslehre
Inhaber des Lehrstuhls für Dienstleistungs-
und Arbeitsmarktökonomik

Prof. Dr. Diethelm Jungkunz
Lehrstuhl für Berufs- und Wirtschaftspädago-
gik der Universität Hohenheim